



Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne sende ich Ihnen heute meinen neusten Newsletter zu.

Ich freue mich, dass Horst Köhler von der Bundesversammlung erneut zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Dieses Ereignis zeigt, dass es in Deutschland eine bürgerliche Mehrheit gibt, die die einzige Alternative zu einer rot-rot-grünen Regierung darstellt. Welche Erfolge eine bürgerliche Exekutive erreichen kann, zeigt Christian Wulff mit seiner CDU-/FDP-Koalition Tag für Tag, beispielsweise in der Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Ich möchte Sie heute gern über einige aktuelle politische Themen informieren: Zum einen über das erste Deutsch-Niederländische Europatreffen, das jüngst in Bad Bentheim stattgefunden hat und zum anderen über die von der Bundesregierung zugesagten Entlastungen der Land- und Forstwirtschaft und die geplante Änderung des GG zur Einführung einer Schuldenbremse.

Wie immer gilt: Sollten Sie noch weitere Fragen oder Anregungen haben, zögern Sie bitte nicht, mich zu kontaktieren.

Ihr Reinhold Hilbers

Bauern haben Unterstützung verdient

Ich begrüße die jüngst auf Bundesebene zugesagten Entlastungen der Land- und Forstwirtschaft beim Agrardiesel. Danach sollen alle landwirtschaftlichen Betriebe wieder von dem reduzierten Mineralölsteuersatz auf Agrardiesel von 25,56 Cent pro Liter profitieren. Der Bund wird die Land- und Forstwirte dadurch mit etwa 285 Millionen Euro im Jahr entlasten.

Das wiederholte Eintreten der CDU-Landtagsfraktion in Niedersachsen, die wettbewerbsverzerrende Agrardieselbesteuerung abzumildern, hat sich ausgezahlt. Die jetzt auf

Bundesebene angekündigten Entlastungen für die Agrarwirtschaft bedeuteten auch für die Milchviehhalter aus Niedersachsen Kostensenkungen, für die wir uns stark gemacht haben. Für mich steht fest, dass die wirtschaftliche Lage der Milcherzeuger als Folge des Milchpreisverfalls dramatisch ist. In keinem Teil Deutschlands können Milchbauern bei Literpreisen zwischen 18 etwas über 20 Cent noch kostendeckend produzieren.

Die Land- und Forstwirte benötigen also weitere Entlastungen, damit sich die Situation nicht weiter verschlechtert. Daher ist die Zahlung der EU-Prämien von Ende Dezember auf den Frühherbst vorzuziehen, wobei der Vorschuss mindestens in einer Höhe von 50 Prozent ausgezahlt werden muss. Es sind aber noch viele weitere Maßnahmen nötig, um die Marktmacht der Lebensmittelkonzerne gegenüber der landwirtschaftlichen Erzeugerschiene einzudämmen.

Gleichzeitig sollte die Politik auch Konzentrationen auf dem milcherzeugenden Sektor fördern und mithelfen, Vermarktungsstrukturen zu verbessern.

Schuldenbremse muss kommen!

Der Bundestag hat am Freitag über die Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern abgestimmt. Die dabei beschlossene neue Schuldenbremse im Grundgesetz soll dafür sorgen, dass Bund und Länder von 2020 an grundsätzlich keine neuen Kredite mehr aufnehmen dürfen. Die geplante Schuldenbremse zum Abbau der gigantischen Staatsverschuldung sorgte jedoch kurz vor der entscheidenden Abstimmung im Bundestag noch einmal für neuen Streit. Die SPD wollte das vorgesehene Verschuldungsverbot für die 16 Bundesländer aufheben.

Eine Ablehnung der Grundgesetzänderung durch die Sozialdemokraten hätte zur Folge gehabt, dass die Kommunen die Investitionen aus dem

Konjunkturpaket II nicht umsetzen könnten. Alle Beteiligten sind daher aufgefordert, ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht zu werden.

Die Schuldenbremse ist jedoch ein Zeichen für Verantwortung in unserem Land und für eine solide Haushaltspolitik. Wer sich dieser verweigert, zeigt, dass er weiter auf Kosten der nächsten Generation Politik machen möchte. Die CDU in Niedersachsen steht zur Verschuldungsbremse und hofft, dass der Bundesrat diese auch beschließen wird. Wir haben uns bereits in Niedersachsen im Landtag deutlich dafür ausgesprochen, dass wir in Niedersachsen – falls der Bund dies nicht regelt – ein Verschuldungsverbot in die Verfassung integrieren wollen. Dann müssen die Sozialdemokraten Farbe bekennen, da dafür eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist.

Das Land Niedersachsen investiert nachhaltig in Ausbau der Kinderbetreuung

Die Landesschulbehörde des Landes Niedersachsen genehmigt im Rahmen der „Richtlinie Investitionen Kinderbetreuung“ jeden Monat durchschnittlich Anträge von rund 300 Krippenplätzen.

Das Niedersächsische Kultusministerium und das Ministerium für Soziales, Familie, Frauen und Gesundheit haben im April 2008 die "Richtlinie Investitionen Kinderbetreuung" auf den Weg gebracht. Die Förderung soll zu 70 Prozent in neu einzurichtende Plätze in Kindertagesstätten fließen. 30 Prozent entfallen auf zusätzliche Plätze in der Kindertagespflege. Mit der Richtlinie setzt die Landesregierung das Investitionsprogramm Kinderbetreuungsausbau um, das Bund und Länder im vergangenen Jahr beschlossen haben.

Die Richtlinie ebnet den Weg zu mehr Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Ziel ist es, bis zum Kindergartenjahr 2013/14 für rund 35 Prozent der Mädchen und Jungen einen Platz in einer Kindertagesstätte oder bei Tagesmüttern und -vätern anzubieten. Bis dahin soll die Zahl der Betreuungsplätze in Niedersachsen bedarfsgerecht auf rund 62.000 ausgebaut werden. Für den Ausbau der Kleinkindbetreuung im Land stehen im Zeitraum von 2008 bis 2013 insgesamt 226 Millionen Euro Fördermittel bereit. Für die Grafschaft Bentheim sind das im gleichen Zeitraum Mittel in Höhe von über 4,3 Mio Euro.

Es geht um einen bedarfsgerechten Ausbau, daher haben die Kommunen im Rahmen der Kontingente für die Jugendhilfeträger entsprechend des Bedarfs vor Ort über die Mittelvergabe entscheiden, sodass regionalen Besonderheiten angemessen Rechnung getragen werden können.

Die Kontingente wurden auf Basis der Kinderzahlen ermittelt. Mit den kommunalen Spitzenverbänden wurde das Fördervolumen in der Gesamtsumme festgelegt und vereinbart, dass der Mittelabfluss nach zwei Jahren überprüft wird.

Deutsch-Niederländisches Europatreffen in Bentheim

Die Grafschafter CDU hat zum ersten Deutsch-Niederländischen Europa-Treffen geladen, bei dem viele prominente Gäste teilnahmen, unter ihnen der niederländische Ministerpräsident Dr. Jan Peter Balkenende, der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Landrat Friedrich Kethorn, der stellvertretende Präsident des Euregio-Rates, Günter Alsmeier, die niederländische Europa-Abgeordnete Maria Martens, sowie Erbprinz zu Bentheim und Steinfurt mit seiner Gattin.

Gemeinsam riefen die Teilnehmer des Treffens dazu auf, die Chance zur Wahl des Europäischen Parlaments zu nutzen: Nur wenn möglichst viele Bürger sich an der Wahl beteiligten, könne der Einfluss des Parlaments gegenüber der Kommission gestärkt werden.

In den Niederlanden findet die Europawahl am 4. Juni, in Deutschland am 7. Juni statt.

